

## **Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!**

Seit Wochen erleben wir eine beispielhafte Willkommenskultur. Zahlreiche Menschen bekunden ihre Solidarität für Menschen in Not und engagieren sich auf vielerlei Weise.

Auf der anderen Seite nehmen Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete sowie gegen HelferInnen und PolitikerInnen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, signifikant zu. Es mehren sich die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, egal ob bewohnt oder unbewohnt, und es wächst die Gefahr, dass Menschen zu Schaden kommen.

Mit Sorge und Abscheu erleben wir, wie eine fremdenfeindliche Stimmungsmache sich ausbreitet, für die NPD, Pegida, AFD und Co. den Boden bereitet haben. Es mehren sich die Angriffe und es wächst die Gefahr, dass Menschen zu Schaden kommen. UnterstützerInnen erhalten Hassmails oder müssen erleben, dass ihre Autos angezündet werden, Flüchtlingsunterkünfte, egal ob bewohnt oder unbewohnt, werden angesteckt und es kommt erschreckenderweise immer häufiger zu tätlichen Übergriffen auf Personen.

Wir sehen uns konfrontiert mit Hass und rechtem Terror, der gezielt Anschläge verübt und mit einer wachsenden Menge von Bürgern, die unter dem Vorwand, Sorgen zu haben, die Gewalt gegen Geflüchtete salonfähig macht.

In dieser Situation fordern wir Bündnisgrüne:

- Jede Straftat, die aus rassistischen, fremdenfeindlichen Gründen motiviert ist, muss konsequent verfolgt und hart bestraft werden. Deswegen soll die polizeiliche Bearbeitung derartiger Fälle auf Dienststellen der standardisierten Bearbeitung (ZENTRAB) ausgeschlossen werden und die Verfahrenseinstellung durch die Staatsanwaltschaft darf nur der Ausnahmefall beim Vorliegen ganz besonderer Tatumstände sein.
- Auch Gewaltaufrufe und Fälle von Billigung von Straftaten in den sozialen Netzwerken müssen als Straftat verstanden und konsequent geahndet werden.
- Bei der Verfolgung derartiger Straftaten muss vor dem Hintergrund der vernetzten Neonazi-Szene in Berlin und Brandenburg eine engere Zusammenarbeit der Brandenburger mit den Berliner Staatsschutzdienststellen vereinbart werden.
- Zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechts muss mehr unterstützt werden. Initiativen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren, wie die

Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und die Opferberatungsstellen, müssen gestärkt werden. Sie brauchen deutlich mehr Mittel und eine verlässliche Förderung.

- Rechtsextremes Gedankengut in den Reihen der Polizei darf nicht geduldet werden. Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle, wo Vorfälle innerhalb der Polizei - auch unter Umgehung des regulären Dienstweges - sofort gemeldet werden können.
- Struktur und Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden, vor allem des Verfassungsschutzes gehören auf den Prüfstand. Wir Grüne treten für eine umfassende Reform des Verfassungsschutzes ein. Wir fordern verbindliche und kontrollierbare Regeln zur Kooperation der Sicherheitsbehörden (Polizei, Verfassungsschutz, Kriminalamt) untereinander und zwischen den Bundesländern.
- Wir Grüne unterstützen die vielen Menschen, die sich vor Ort in Willkommensinitiativen für Geflüchtete und gegen Rechtsextremismus engagieren. Mit unserer Fotoaktion "Wir zeigen Gesicht" setzen wir heute ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und zeigen, dass wir uns weder verstecken noch einschüchtern lassen.